



KARIKATUR: MARIO LARS

## LEITARTIKEL

## Es ist nie zu spät, verständlich zu reden



VON TOBIAS PETER

Einen Kanzler wechselt man nicht einfach so. Die SPD sollte mit Olaf Scholz als Kandidat antreten. Doch er muss dringend etwas ändern, findet unser Berliner Korrespondent.

Die Globalisierung, der Umbau der Industrie in Zeiten des Klimawandels, eine Zeit der Dauerkrisen: Olaf Scholz hat lange vor seiner Kanzlerschaft erkannt, was für eine große Herausforderung das für die Demokratie ist. Die Menschen müssten die Hoffnung haben können, „dass es für sie gut ausgeht“, hat er immer gesagt. Und er betont es noch heute. Nur: Mit ihm als Kanzler ist vielen genau dieses Gefühl abhandgekommen. Das ist die Geschichte, die hinter dem 13,9-Prozent-Ergebnis der SPD bei der Europawahl steht.

Das alles gilt besonders für die arbeitende Mitte, also für Menschen, die zur Kernklientel der SPD gehören. Der Arbeiter am Band, die Reinigungskraft, aber im Zweifel auch die Ingenieurin haben den Eindruck, alleingelassen zu werden. Olaf Scholz hat immer kritisch darauf geschaut, wie Hillary Clinton in den USA gegen Donald Trump verloren hat – weil sie die Arbeiter nicht angesprochen hat. Jetzt hat er selbst sehr viele von den Menschen verloren, die ihm vor drei Jahren mit ins Amt geholfen haben. Gelingt Scholz nicht der Turnaround, droht er als der Kanzler in die Geschichte der Republik einzugehen, in dessen Amtszeit sich die AfD endgültig im Parteiensystem etabliert hat.

Es ist gar nicht so, als hätte Scholz nichts für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen getan. Höherer Mindestlohn, mehr Kindergeld, eine Ausweitung des Wohngelds und der Ausgleich der kalten Progression: Das hat Scholz' Regierung auf den Weg gebracht.

Zugleich gibt es harte Kritik an der Ampel. Viele Menschen halten die Regeln beim Bürgergeld für ungerecht und wünschen sich eine härtere Linie beim Thema Migration. Diese Themen treiben viele Menschen um. Doch das allein erklärt nicht die bedrohliche Lage, in der sich die SPD befindet. Die Misere hat mit dem Kanzler selbst zu tun: mit seiner Art zu kommunizieren.

Die SPD ist eine Programmpartei, die dazu neigt, sich selbst zu suggerieren, die Menschen wären mit sorgsam formulierten Spiegelsätzen zu gewinnen. In die

sen unübersichtlichen Krisenzeiten brauchen die Menschen aber jemanden, der eine überzeugende politische Erzählung hat, wie dieses Land in eine gute Zukunft geht.

War Angela Merkel nicht ähnlich wortkarg? Ja, aber auch sie geriet damit in den letzten Amtsjahren an ihre Grenzen. Und Scholz wurde deshalb zu ihrem Nachfolger gewählt, weil seine Gegenkandidaten große Fehler gemacht haben. CDU-Chef Friedrich Merz könnte das

## Einen Kanzler wechselt man nicht wie das Unterhemd – die SPD kann nicht einfach so auf Boris Pistorius setzen.

auch passieren. Doch allein darauf zu hoffen, ist noch keine überzeugende Wahlstrategie für Scholz.

Einen Kanzler wechselt man nicht wie das Unterhemd – die SPD kann nicht einfach so auf Boris Pistorius setzen. Die SPD sollte also mit Scholz antreten. Bis in einem Jahr ist es viel Zeit. Für die SPD wäre schon viel gewonnen, wenn der Kanzler seine aus Bürgerdialogen bekannte Fähigkeit, auf den Punkt zu sprechen, häufiger auf der großen Bühne nutzen würde.

Es ist kein erschöpfendes und auch kein faires Urteil über Scholz' Arbeit in schwierigen Zeiten. Doch viele sehen ihn zurzeit als einen, der – nach einem verschossenen Elfmeter – noch einmal zum Elfmeterpunkt schreitet. Statt zu sagen „Den haue ich rein“, erklärt er verschwurbelt, im Übrigen könnten sich alle darauf vorbereiten, dass er seine Trefferquote erhöhen werde. Es ist nie zu spät, verständlich zu reden.

leserbriefe@freiepresse.de

## Messerangriffe: Wie man dem Problem begegnen kann

Nach der Messerattacke von Mannheim wollen die Innenminister Schwerkriminalen auch nach Afghanistan und Syrien abschieben. Der Leiter des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen, Frank Asbrock, sagt: Es braucht mehr als eine Abschiebe-Debatte, um solche Fälle zu verhindern.

VON JENS EUMANN

CHEMNITZ/MANNHEIM – Die Lage ist unübersichtlich. Ein Handgemenge. Dann ein Knäuel aus drei Leibern am Boden. Als diese sich zerrend voneinander lösen, beugt sich Polizist Rouven L. knieend über einen der drei am Boden. Doch ist das gar nicht der ursprüngliche Angreifer, der zuvor mit einem Messer am Stand des Islamkritikers Michael Stürzenberger auf mehrere Menschen eingestochen hat. Der Mann mit dem Messer kann sich vielmehr nun aufrappeln, greift den Polizisten von hinten an. Er rammt dem vorgebeugten Beamten sein Messer in die Schulter am Hals. Ein zweites Mal sticht er zu. Im selben Moment knallt es. Ein weiterer Polizist hat seine Pistole beidhändig auf den jetzt klar erkennbaren Angreifer gerichtet. Im Moment des Schusses entgleitet das Messer dessen Hand. Der Angreifer fällt und rollt der Länge nach über den Boden. Der verletzte Polizist fasst sich an den Hals. Der Mann unter dem Beamten kann das Messer greifen und wirft es weg – aus dem Radius des Angreifers heraus. In Sekunde 19 des von einem Beistehenden aufgenommenen Videos vom Angriff auf dem Mannheimer Markt ist alles vorbei. 19 Sekunden, in denen der 25-jährige Sulaiman A. sechs Menschen ver-

Frank Asbrock

Leiter des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen

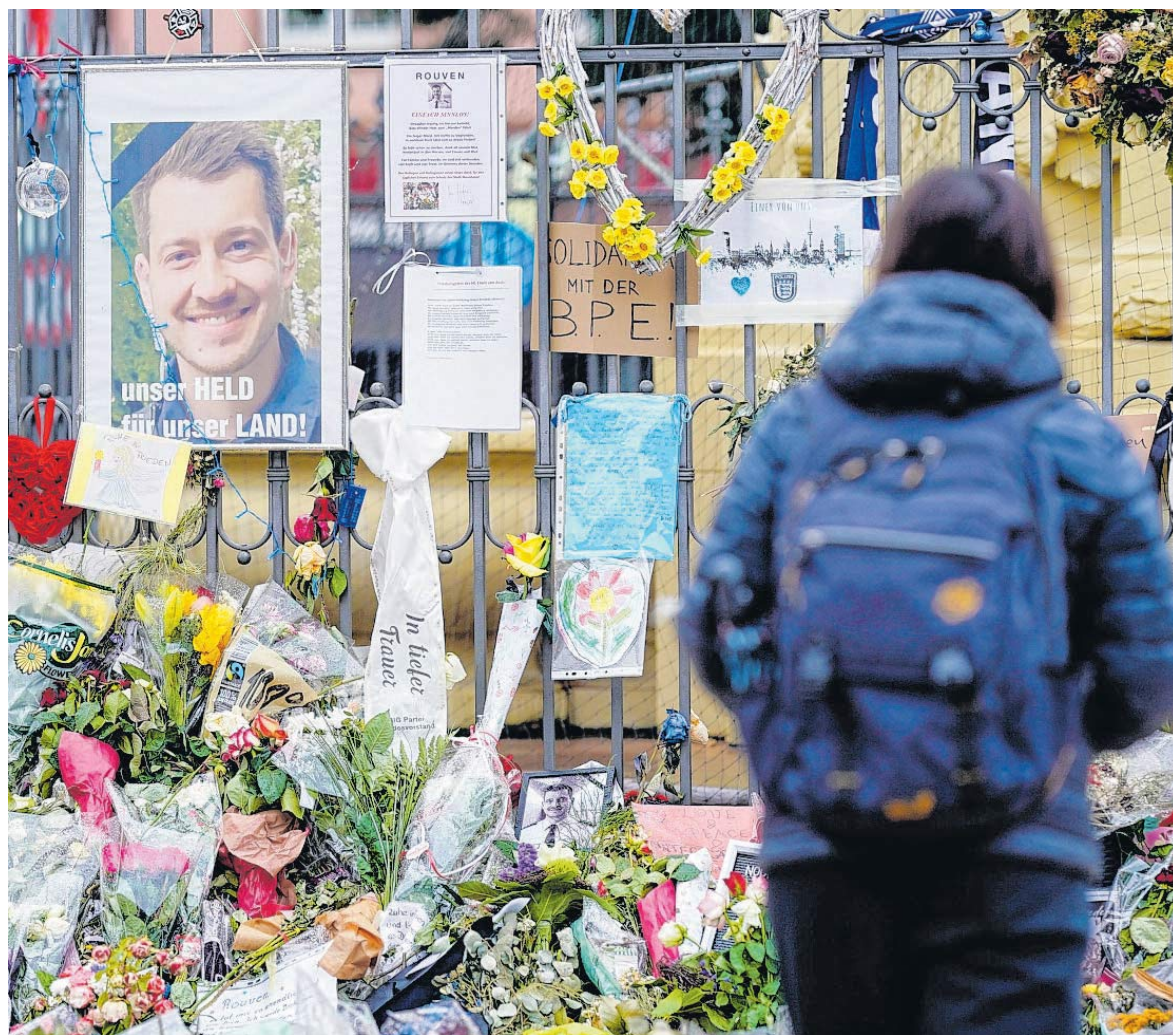


FOTO: UWE MANN

letzt. Der hilfsbereite Polizist Rouven L. (29), der den Falschen festhielt, stirbt später an seinen Verletzungen.

Weniger als eine Drittminute, in der ein einzelner Täter großen Schaden anrichten kann. „Was wir da sehen, ist Chaos pur, weil zu nächst unklar ist: Wo ist Freund? Wo ist Feind? Wo ist das Messer? Wo ist die Gefahr?“, schätzt Kampfsport-Experte Swen Körner ein. Er ist Professor, leitet die Abteilung Trainingspädagogik und Martial Research der Deutschen Sporthochschule Köln und bildet Polizisten in Selbstverteidigung und Konfliktmanagement aus. „Da wird natürlich auch Messerverteidigung trainiert. Aber das kommt solch chaotischen Situationen nicht allzu nah. Das sind sehr idealisierte Angriffe, die der Komplexität dieser Situation keineswegs gerecht werden“, sagt Körner. „Man muss sagen, der Fall in Mannheim war extrem und wohl so selten wie ein schwarzer Schwan.“ Dafür, dass die Polizisten ihre Entscheidungen nach unübersichtlichem Ersteindruck unter Stress trafen, hält Körner ihre Reaktionen für „ziemlich schnell“. Keiner der Beamten hatte die Chance, die Situation eingehend zu studieren, wie Betrachter des Videos es können.

Der Messerangriff von Mannheim macht erneut klar, absolute Sicherheit wird es nie geben, selbst mit Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Die Häufung von Messerangriffen der letzten Wochen und der Fakt, dass neben dem Mannheimer Täter noch zwei weitere Angreifer in



Der Tatort am Mannheimer Markt ist zur Trauerstelle für den getöteten Polizisten Rouven L. geworden. Nach der Attacke am 31. Mai starb er. Fünf weitere Männer wurden verletzt, als ein 25-jähriger Afghane mit einem Messer auf Teilnehmer einer Kundgebung der islamkritischen Bewegung Pax Europa einstach.

FOTO: UWE ANSPACH/DPA

anderen Städten aus Afghanistan stammten, hat erneut eine Debatte um die Abschiebung von Gewalttättern und Gefährdern entfacht. Zur Konferenz der Innenminister (IMK) der Bundesländer in Potsdam warb in der Vorwoche Hamburgs SPD-Innenminister Andy Grote für Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien: „Wer hier schwere Straftaten begeht, muss das Land verlassen, auch wenn er beispielsweise aus Afghanistan kommt“, sagte der Sprecher der SPD-geführten Länder in der IMK. Das Sicherheitsinteresse Deutschlands müsse schwerer wiegen als das Schutzinteresse des Täters. Entsprechend beschloss die IMK, Schwerkriminalen und Extremisten künftig auch nach Afghanistan und Syrien abschieben zu wollen. Rechtliche Hürden sollen überprüft werden.

Laut Bundeskriminalamt (BKA) ist auf Bundesebene keine klare Aussage darüber zu treffen, ob über die aktuell wahrgenommene Vielzahl an Messerangriffen im öffentlichen Raum hinaus auch rein statistisch ein Anstieg vorliege. Das liege an regional sehr unterschiedlichen Maßstäben der Erfassung von Messerangriffen. So geht es aus der Antwort des BKA auf „Freie Presse“-Anfrage hervor. Erst in der Auswertung für das Jahr 2024 seien einheitlich erfasste Zahlen zu erwarten.

Für Sachsen gibt es schon Vergleichswerte. Laut Innenministerium gab es im Vorjahr in Zusammenhang mit Messerangriffen 1373 Straftaten, 247 Fälle mehr als 2022. In 178 Fällen endete der Angriff im Versuchsstadium. Die meisten Opfer (1051 Personen, 61,4 Prozent) blieben unverletzt. Daraus lässt sich errechnen, dass es 661 Verletzte gab. Bezogen auf Sachsen, besaßen knapp die Hälfte der ermittelten Tatverdächtigen (49,2 Prozent) keine deutsche Staatsbürgerschaft. Aktuelle Vergleichszahlen liegen auch für Sachsen nicht vor.

Doch gibt es laut dem Leiter des in Chemnitz ansässigen Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen, Frank Asbrock, keinen Grund zur Panik: „Ganz grob mag die Wahrnehmung sein, dass solche Fälle zugenommen haben. Und klar gibt es diese Ereignisse, und im Dunkelfeld passiert noch mehr, als wir sehen. Dennoch bleibt es eine sehr geringe Anzahl von Messerattacken in der Öffentlichkeit“, sagt Asbrock. „Die Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer eines solchen Angriffs zu werden, ist gering.“

Doch kennt der Psychologie-Professor der Technischen Universität Chemnitz auch das „Kriminalitäts-Paradoxon“: „Die meiste Angst vor Kriminalität haben Leute, bei denen es am unwahrscheinlichsten ist, dass sie Opfer solcher Gewalt werden.“ Asbrock nennt das Beispiel der Chemnitzer Innenstadt, zu dem an seinem Institut bereits geforscht wurde: „Wir haben herausgefunden, dass Leute in Chemnitz, die nicht in der Innenstadt wohnen, die meiste Angst vor der Innenstadt haben. Wer dort wohnt, hat viel weniger Angst. Es ist eben nicht so, dass man durch die Stadt geht und sofort angegriffen wird“, sagt Asbrock.

Bei der Bewertung von Messergewalt sieht der Forscher ein besonderes Problem: „Das lässt sich von Populisten wunderbar ausbeuten, weil man, wenn ein Ausländer als Täter

## „Messergewalt lässt sich von Populisten wunderbar ausbeuten.“

Frank Asbrock Leiter des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen

oder Tatverdächtiger auftaucht, Abschiebung fordern kann, als wäre das die Lösung des Problems. Der Lösungsvorschlag: Schmeißen wir die alle raus! Generell sind die meisten Gewalttäter Männer. Da könnte man genauso sagen, die eigentliche Lösung wäre, wir schmeißen alle Männer raus“, vergleicht Asbrock. „Klar müssen die Täter bestraft werden“, fordert auch er, doch das größte Ziel müsse doch darin liegen „in Zukunft zu verhindern, dass so was passiert“, sagt der Psychologie-Professor. Und dazu sei eine wesentliche Frage: „Was ist die Ursache dieser Kriminalität?“

Eine 2023 erstellte Studie der Forscherin Elena Rausch von der Kriminologischen Zentralstelle in Wies-

baden kam zu dem Schluss, dass es im untersuchten Intervall zwischen 2013 und 2018 bei Messerangriffen keineswegs den oft deklarierten markanten Anstieg gegeben habe. Signifikant verändert indes hatte sich eigentlich nur ein Faktor: Die Anzahl der Täter mit beeinträchtigter Schuldfähigkeit war deutlich gestiegen. Der Chemnitzer Experte Frank Asbrock kennt die Studie. Ohne auf einzelne Fälle aus der Vergleichsbasis zu fokussieren, hat der Chemnitzer Professor im Fall von Kriegsflüchtlingen, die zu Gewalttättern werden, aber einen Hinweis. „Die haben Erfahrungen gemacht, die kann ich mir nicht ansatzweise vorstellen“, sagt er. Natürlich macht es die Situation für ein Opfer nicht besser, zu wissen, dass ein Täter vielleicht aus psychischer Vorbelastung zum Messer griff. Aber genau deshalb müsse Prävention viel früher ansetzen, findet Asbrock. „Auch Radikalisierung ist ja eher ein soziales Problem. Sie hängt in der Regel nicht mit der Kultur zusammen, sondern vielmehr damit, dass sich jemand bedingungslos an eine Gruppe bindet, im Extremfall bis zum Tod. Das kann beim Islamismus der Fall sein, bei Neonazis aber auch“, sagt er. In Sachen Prävention hält er Aussteigerprogramme für Extremisten eher für zielführend als die Abschiebe-Debatte.

Apropos Populismus: Mit einer Anfrage im saarländischen Landtag hatte sich ein AfD-Abgeordneter 2019 die hauptsächliche Täterschaft von Ausländern bei Messerangriffen bestätigen lassen wollen. Zunächst hatte er bei registrierten 1490 Messerangriffen aus dem Intervall Januar 2016 bis April 2018 die Anzahl der Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit wissen wollen: Es waren 842 (56 Prozent). Nächste Frage: Wie viele deutsche Tatverdächtige hatten eine doppelte Staatsbürgerschaft? Die Antwort: 14 (deutsch-türkisch waren vier, deutsch-kasachisch drei, deutsch-syrisch zwei, deutsch-italienisch zwei und deutsch-französisch, georgisch oder -russisch jeweils einer). Der AfD-Mann Rudolf Müller unternahm einen letzten Versuch: Er fragte nach einer Häufung von Vornamen unter deutschen Tatverdächtigen. Die gab es in der Tat: Mit 24 Fällen lag Michael ganz vorn, gefolgt von Daniel (22), Andreas (20), Sascha (15), Thomas (14), Christian (13), Kevin (13), Manuel (13), Patrick (13), David (12), Jens (12), Justin (11), und Sven (11). leu

## IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen  
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15  
oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
Telefon: 0371 6560  
Telefax Redaktion: 0371 656-17084  
Internet: www.freiepresse.de  
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de

Geschäftsführer: Dr. Daniel Daum  
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch  
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)  
Stellvertretende Chefredakteure:  
Udo Lindner, Anne Lena Mösken  
Stellvertretender Chefredakteur  
Digitales: Sascha Aurich

Leitung Werbekontakt:  
Alexander Arnold  
(verantwortlich für den Anzeigenteil)  
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher in Textform beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.  
Text- und Data-Mining: Die Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an kontakt@freiepresse-mediengruppe.de.